

Protokoll der Delegiertenversammlung

5. Dezember 2015, 10.15 – 16.00 Uhr, St.Gallen

Vorsitz: Christian Levrat

Protokoll: Pascal Zwicky

Anwesend: 207 Delegierte und 26 Gäste

Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen der Delegiertenversammlung werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert.

1. Eröffnungsgeschäfte

Jacqueline Fehr eröffnet die Delegiertenversammlung.

Grussbotschaft von Monika Simmler, Parteipräsidentin SP Kanton St.Gallen

Grussbotschaft von Fredy Fässler, Regierungsrat Kanton St.Gallen

Wahl der StimmzählerInnen und StellvertreterInnen

Beschluss der Delegiertenversammlung: So wie runtergelesen einstimmig gewählt.

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Beschluss der Delegiertenversammlung: Karin Mader wird stillschweigend gewählt.

Tagesordnung/Tischvorlage

In der Tischvorlage sind die Anträge zum Positionspapier Internetpolitik, die Bewerbungen von Jacqueline Badran und Beat Jans für das Vize-Präsidium, die Anträge zur Transparenz-Initiative, ein Antrag zum Nachrichtendienstgesetz, Resolutionen R-1 Resolution Geschäftsleitung „Verantwortung für unsere Menschenrechte übernehmen!“, R-2 Resolution SP Lausanne, SP Aargau, SP Bezirk Winterthur, SP Frauen, Mattea Meyer, Rebecca Ruiz, Cédric Wermuth „Genug gewartet: Moderne Familienpolitik jetzt – Ja zur Elternzeit!“, R-3 Resolution SP60+ und JUSO «Für eine starke AHV zugunsten der sozialen Kohäsion», R-4 SP Genf, „Eine Erhöhung des Rentenalters ist nicht verhandelbar“ enthalten.

Die definitive Traktandenliste enthält folgende Änderungen/Hinweise:

Die Traktanden „Internetpolitik“ und „Referendum zum Nachrichtendienstgesetz“ wurden in der Reihenfolge ausgetauscht. Neu ist Traktandum 7 „Referendum zum Nachrichtendienstgesetz (NDG)“ und Traktandum 8 „Internetpolitik“.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die aktualisierte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Ordnungsanträge

Ordnungsanträge zum Ablauf müssen vor dem Beginn des Traktandums eingereicht werden.

Ordnungsantrag der Geschäftsleitung:

Zu Traktandum 7 dürfen nebst GL und Antragsstellenden je drei RednerInnen sprechen.

Zu Traktandum 8 darf nebst GL und Antragsstellenden zusätzlich ein/e Redner/in sprechen.

Redezeitbeschränkung für Traktanden 7 bis 12: Antragstellende fünf Minuten, weitere RednerInnen drei Minuten.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Ordnungsantrag mit deutlichem Mehr angenommen.

Wortmeldezettel

Wortmeldezettel müssen vor dem Podium geholt und können nur dort wieder abgegeben werden. Wortmeldungen müssen bis zum Beginn des vorhergehenden Traktandums eingereicht werden.

Protokoll der DV vom 25. April 2015 in Bern

Genehmigung des Beschluss-Protokolls der Delegiertenversammlung vom 25. April 2015 in Bern. Dieses kann unter www.sp-ps.ch heruntergeladen werden. Ausserdem kann es beim Zentralsekretariat in gedruckter Form angefordert werden.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Protokoll wird mit Dank an den Verfasser Simon Roth einstimmig genehmigt.

2. Mitteilungen

Flavia Wasserfallen informiert, dass ab 2016 die Unterlagen für die Delegiertenversammlungen nur noch elektronisch versendet werden. Des Weiteren hat die GL entschieden, die Sommeruni 2016 erneut durchzuführen. Sie findet vom 4.-7. August in Chandolin VS statt.

3. Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, Ständerat FR

Die Rede von Christian Levrat kann auf der Website der SP Schweiz (www.sp-ps.ch) heruntergeladen werden.

4. Ersatzwahl Präsidium

Marina Carobbio würdigt das vielfältige und erfolgreiche Wirken von Jacqueline Fehr in der nationalen Politik und verabschiedet sie als Vize-Präsidentin der SP Schweiz.

Jacqueline Fehr bedankt sich insbesondere bei der Basis, die den Wahlerfolg und die politischen Karrieren von ParteioxponentInnen wie ihr überhaupt erst möglich macht.

Der neu gewählte Präsident der SP-Bundeshausfraktion, Roger Nordmann, wird von Marina Carobbio als neues Mitglied des Präsidiums der SP Schweiz begrüsst.

Für die Nachfolge von Jacqueline Fehr liegen Bewerbungen von Jacqueline Badran und Beat Jans vor.

Jacqueline Badran zieht ihre Kandidatur zugunsten von Beat Jans zurück und verbindet diese Ankündigung mit einem Plädoyer für Beat Jans.

Beat Jans bedankt sich bei Jacqueline Badran für die ihm entgegengebrachte Wertschätzung und legt die Motivation für seine Kandidatur dar.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Wahl per Akklamation.

5. Transparenz Initiative

Nadine Masshardt (NR BE) erläutert die Initiative (Notwendigkeit und Inhalt) und plädiert dafür, der Empfehlung der GL zu folgen.

Stéphane Montangero (SP Waadt), Karl Gruber (SP60+) und Ruedi Tobler (SP AR) sprechen sich für die Lancierung der Initiative aus.

Evaristo Roncelli (SP TI) spricht für die beiden Anträge der SP Tessin.

Barbara Gysi gibt die Haltung der Geschäftsleitung wieder.

Antrag A-1; SP Tessin: Ergänzung Punkt 3

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Begründung: Die Vertreterinnen und Vertreter der SP werden im Trägerverein darauf hinwirken, dass die Veröffentlichung aller relevanten Informationen auch nach der Abstimmung resp. der Wahl im Initiativtext aufgenommen wird. Die GL muss jedoch darauf hinweisen, dass die abschliessende Bereinigung des Textes der Trägerverein beschliesst.

A-2; SP Tessin: neuer Punkt 5

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Begründung: Auch diese Frage der Sanktionen wird im Trägerverein noch einmal diskutiert und die GL teilt die Ansicht der Antragstellenden, dass die Sanktionen in einem Absatz eingefügt werden müssen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegierten sprechen sich einstimmig (bei zwei Enthaltungen) für die Initiative und die beiden Anträge der SP Tessin aus.

6. Rede Alain Berset

Alain Berset spricht zu den aktuellen und kommenden politischen Herausforderungen, mit denen sich die Schweiz konfrontiert sieht.

7. Referendum zum Nachrichtendienstgesetz (NDG)

Christian Levrat leitet in die Debatte ein und ergänzt, dass für die Unterstützung des bereits lancierten Referendums das einfache Mehr genüge.

Barbara Gysi erläutert Position der Geschäftsleitung. Sie weist darauf hin, dass die SIK-Kommissionen in beiden Räten Verbesserungen erreicht hätten. Dennoch bleibe ein Referendum nötig. Sie verweist für die einzelnen Argumente auf die Tischvorlage.

Antrag Edith Graf-Litscher: Die SP Schweiz verzichtet auf die Unterstützung der Lancierung des NDG-Referendums und tritt dem Bündnis „Nein zum Schnüffelstaat“ nicht bei.

Edith Graf-Litscher (NR TG) spricht zu ihrem Antrag auf Nicht-Unterstützung des Referendums. Sie betont die Verbesserungen, die in den Räten erreicht werden konnten und die ein Referendum überflüssig machen würden. Zentral: Das neue, verbesserte Gesetz sei besser als der gesetzliche Status quo, das aktuell gültige Gesetz.

Brigitte Hollinger (SP BS), Amanda Gavilanes (SP GE) und Cédric Wermuth (NR AG) sprechen für die Unterstützung des Referendums.

Rebecca Ruiz (NR VD), Daniel Jositsch (SR ZH) und Hans Stöckli (SR BE) sprechen für den Antrag von Edith Graf-Litscher.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die Geschäftsleitung hält an ihrem Antrag auf Unterstützung des Referendums fest, die Begründung ist aufgeführt.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Referendum wird mit 106 zu 62 Stimmen bei sieben Enthaltungen unterstützt.

Kulturell-politisches Intermezzo von Etrit Hasler.

8. Internetpolitik

Diskussion Positionspapier

A-1 – A-29

Eintretensdebatte zum Positionspapier:

Edith Graf-Litscher erläutert den Entstehungsprozess des Positionspapiers und betont die Wichtigkeit des Zukunftsthemas Internetpolitik gerade für die Sozialdemokratie. Nach der Delegiertenversammlung wird das Projekt weiterverfolgt und v.a. auch in die anstehenden politischen Geschäfte (z.B. zum Urheberrecht) im Parlament einfließen.

Matthieu Béguelin (SP NE) und Michel Ketterle (SP Wil) sprechen zu verschiedenen Dimensionen des Internets und heben ihrerseits die Bedeutung der Thematik hervor.

Fabian Molina spricht für die Geschäftsleitung und betont, dass die Potenziale des Internets für eine transformatorische, über den Kapitalismus hinausweisende Politik genutzt werden müssten.

Stillschweigendes Eintreten in die Debatte.

A-1; SP Kanton Zürich (E-Campaigning Kommission): Umformulierung Forderung 2

Andreas Burger (SP ZH) vertritt A-1, Fabian Molina die ablehnende Haltung der GL.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Mit dem Begriff „gleichwertig“ fordern wir explizit, dass die Angebote bezüglich Leistung und Qualität wirklich gleichwertig sein müssen. Die Formulierung signalisiert bewusst auch eine Offenheit im Hinblick auf mögliche künftige technologische Entwicklungen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: A1- wird mit deutlichem Mehr abgelehnt.

A-2; SP Kanton Genf: Neue Forderung

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigende Annahme.

A-3; SP Kanton Zürich (E-Campaigning Kommission): Neue Forderung

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Die Schweiz arbeitet international, insbesondere mit der EU in Sachen Internetpolitik zusammen um gemeinsame Standards und eine gemeinsame Politik festzulegen, die insbesondere zum Ziel hat, das demokratische und solidarische Potential des Internets zu stärken.

Begründung: Die Zielsetzung des Antrags, Grenzen zu überschreiten, wird geteilt. Sie soll aber noch ergänzt werden, da es nicht nur um Standards geht, sondern auch darum, das emanzipatorische Potenzial des Internets explizit zu fördern.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigend modifiziert angenommen.

A-4; SP 60+: Neue Forderung

Carlo Lepori (SP 60+) äusserst sich zu A-4 und A-11.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigende Annahme.

A-5; PS Waadt: Neue Forderung

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigende Annahme.

A-6; Juso: Umformulierung Forderung 3**A-7; PS Waadt: Umformulierung von Forderung 1; neue Forderung aus letztem Satz**

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme A-6 und A-7

Begründung: Die GL empfiehlt die Annahme von A-7 inkl. Einbau des Satzes von A-6 zu Beginn der Forderung.

„Damit der technologische Fortschritt dem Gemeinwohl zugutekommt, müssen Effizienzgewinne den Arbeitenden in Form von Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen weitergegeben werden.“

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigend modifiziert angenommen.

A-8; PS Waadt: neue Forderung

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigende Annahme.

A-9; SP Kanton Zürich (E-Campaigning Kommission): Ergänzung Forderung 1**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Stillschweigende Annahme.**A-10; PS Waadt: Ergänzung Forderung 2****Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Stillschweigende Annahme.**A-11; SP 60+: neue Forderung****Empfehlung der Geschäftsleitung:** modifizierte Annahme

... Medienkompetenz und informatische Bildung sind auf der Sekundarstufe II, in der höheren Berufsbildung und in den Hochschulen sowie arbeitsplatzorientiert in der Weiterbildung in allen Berufen zu fördern. Für die Generation, die zum Teil den Anschluss an die digitale Welt verpasst hat, müssen geeignete Weiterbildungsformen angeboten werden.

Begründung: Die Forderung 1 kann gut ergänzt werden mit dem Aspekt der älteren Generation. Es ist nicht nötig, daraus einen isolierten Punkt zu machen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigend modifiziert angenommen.**A-12; Juso: neue Forderung****Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Stillschweigende Annahme.**A-13; SP Waadt: Umformulierung Forderung 1****Empfehlung der Geschäftsleitung:** Modifizierte Annahme.

Sharing Economy ist als positives Potenzial zu sehen und zum Wohle aller zu nutzen. Sharing Economy muss grundlegend unterschiedlich beurteilt werden je nachdem ob sie gewinnorientiert ist oder im Rahmen der assoziativen, sozialen und solidarischen Wirtschaft erfolgt. Insbesondere im ersten Fall darf sie nicht zu einer wilden Deregulierung im Namen der technologischen Innovation führen. Die ökologischen, steuerlichen und arbeitsrechtlichen Normen und Regeln sind nötigenfalls an die neuen Realitäten anzupassen; dabei muss jedoch das allgemeine Interesse Vorrang haben vor jenem der Firmen, welche die eine oder andere Form von Sharing betreiben.

Begründung: Grundsätzlich soll das positive Potenzial von Sharing Economy im Zentrum stehen. Aus diesem Grund wird einleitend ein Satz ergänzt, der die Chancen für die Gesellschaft und die

Wirtschaft in den Vordergrund stellt. Natürlich kann es aber auch negative Entwicklungen geben. Deshalb wird der Antrag der SP Waadt im Folgenden integral übernommen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigend modifiziert angenommen.

A-14; SP Kanton Zürich (E-Campaigning Kommission): Ergänzung Forderung 2

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme

Ergänzung der zweiten Forderung: *Es braucht ein Recht auf eine vollständige Kopie der persönlichen Daten und Metadaten, ein Recht, deren Nutzung durch Dritte zu verbieten, nicht mehr gebrauchte Daten zu löschen und bei nachweislich falschen Daten, ein Recht auf Korrektur. Dabei muss gewährleistet sein, dass die Korrektur auch archivierte Daten erfasst oder, wo nicht möglich, die Daten als obsolet gekennzeichnet werden.*

Begründung: Der Sinn und Zweck des Antrags sind in der bestehenden Forderung aufgenommen, um Wiederholungen zu vermeiden. Zudem sind kleine Präzisierungen eingefügt.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigend modifiziert angenommen.

A-15; SP Kanton Genf: Neuformulierung von Punkt 1

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigende Annahme.

A-16; SP Tessin: Ergänzung eines zusätzlichen Satzes bei Forderung 1

Gina La Mantia (SP TI) spricht zu A-16.

Géraldine Savary spricht für die GL.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die Position zum Nachrichtendienstgesetz wird von den Delegierten vorgängig geklärt. Die Forderung für ein neues Nachrichtendienstgesetz soll diskutiert werden, nachdem die allfällige Abstimmung zum Referendum stattgefunden hat.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Ablehnung von A-16 mit deutlichem Mehr.

A-17; Juso: Umformulierung Forderung 2

Andreas von Gunten (SP Kölliken) spricht für A-17.

Flavia Wasserfallen spricht für die GL.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme in Forderung 1

Der Schutz der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger muss gewährleistet sein. Eine verdachtsunabhängige, flächendeckende Überwachung des Internets oder das Hacken von Computersystemen im In- und Ausland im geheimdienstlichen Kontext stellen massive Eingriffe in die Grundrechte dar und verletzen den Schutz der Privatsphäre. Nicht alles, was technisch möglich ist, ist sinnvoll. Staatstrojaner, IMSI-Catcher und ähnliche Überwachungsinstrumente lehnen wir ab.

Begründung: Forderung 1 beinhaltet bereits, dass verdachtsunabhängige, flächendeckende Überwachung des Internets oder das Hacken von Computersystemen im In- und Ausland im geheimdienstlichen Kontext auch künftig nicht möglich sein sollen. Forderung 1 soll aber damit ergänzt werden, dass Staatstrojaner, IMSI-Catcher und ähnliche Überwachungsinstrumente explizit genannt werden. An Forderung 2 in der ursprünglichen Fassung soll festgehalten werden. Dort geht es um die Möglichkeit, schwere Verbrechen, die begangen worden sind, aufklären zu können und nicht um die verdachtsunabhängige Überwachung.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Empfehlung der GL wird mit 58 zu 53 Stimmen bei fünf Enthaltungen Folge geleistet.

A-18; Juso: Umformulierung Forderung 3

Kathrin Beeler (JUSO) spricht für A-18.

Géraldine Savary spricht für die GL zu A-18 und A-19.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Bereits heute werden Randdaten sechs Monate gespeichert und können zur Aufklärung schwerer Delikte verwendet werden, was absolut Sinn macht. Die Speicherung wird von der SP deshalb nicht pauschal abgelehnt, eine Ausdehnung der Randdatenspeicherung auf mehr als sechs Monate lehnt die SP jedoch strikte ab. Ebenso wird sich die SP beim BÜPF und in weiteren Diskussionen rund um dieses Thema für eine sehr restriktive Definition der Randdaten einsetzen.

A-19; SP Kanton Zürich (E-Campaigning Kommission): Umformulierung Forderung 3

Andreas Burger (SP ZH) spricht zu A-19.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: siehe A-18

A-18 und A-19 werden einander gegenübergestellt: A-19 obsiegt.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Mit 77 zu 53 Stimmen bei einer Enthaltung wird A-19 entgegen der Empfehlung der GL angenommen.

A-20; SP Kanton Genf: Neuformulierung von Punkt 2

Amanda Gavilanes (SP GE) spricht für A-20.

Géraldine Savary spricht für die GL.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Der Antrag unterscheidet sich von der ursprünglichen Forderung nur durch die Streichung des markierten Satzteils: *Bei Annahme einer Straftat muss die Polizei – auf Anordnung der Staatsanwaltschaft und mit Genehmigung eines Richters – die Mittel erhalten, um gegen schwerwiegende Straftaten zu ermitteln auch dann, wenn die mutmasslichen Täter verschlüsselte Kommunikationstechnologien wie Skype oder Chats verwenden.*

Im Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen soll an der ursprünglichen Formulierung festgehalten werden, die auf ein konkretes Problem hinweist, das einer Lösung bedarf.

Beschluss der Delegiertenversammlung: A-20 wird mit 92 zu 33 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

A-21; SP Kanton Zürich (E-Campaigning Kommission): Umformulierung Forderung 1

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigende Annahme.

A-22; SP Kanton Genf: neue Forderung

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigende Annahme.

A-23; SP Kanton Zürich (E-Campaigning Kommission): neue Forderung

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme

Die Betreiber von kritischen Infrastrukturen, wie etwa Energieverteiler, Spitäler, Telekomunternehmen, Kraftwerk- und Chemiewerkbetreiber, müssen verpflichtet werden, dafür zu sorgen, dass ihre Infrastruktur aus dem Internet nicht nachhaltig gestört oder beschädigt werden kann. Es braucht ein zertifiziertes, regelmässig überprüftes Sicherheitsniveau, das erreicht werden muss und das den Anforderungen gerecht wird. ~~Es sind geeignete Stellen zu schaffen, welche informatik- oder netzwerkbezogene Probleme bei kritischen Infrastrukturen kontrollieren, und die Unternehmen bei Abwehrmassnahmen unterstützen.~~ Besonders kritische Teile der Infrastruktur müssen physisch vom Internet abgetrennt betrieben werden, um vorsätzliche oder versehentliche Störungen aus dem Netz zu verhindern.

Begründung: Die Schaffung einer Amtsstelle erscheint nicht opportun und auch nicht zielführend zu sein. Hingegen soll ein den Anforderungen entsprechendes Sicherheitsniveau gefordert werden.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigend modifiziert angenommen.

A-24; Juso: Umformulierung Forderung 1 und 2

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme

Urheberinnen und Urheber von Werken in Kunst, Kultur und Wissenschaft müssen für ihre Arbeit fair entschädigt und am Erlös aus der Verwertung ihrer Werke angemessen beteiligt werden. Neue Verwertungsmodelle sollen es den Urheberinnen und Urhebern erlauben, ihre Werke direkt und unabhängig zu vermarkten. Gleichzeitig sollen alternative Vergütungssysteme entwickelt werden, bei denen alle Nutzerinnen und Nutzer zur Finanzierung von kreativen Leistungen im Internet beitragen. Die Verwertungsgesellschaften müssen die Nutzung alternativer Lizenzmodelle, z.B. Creative Commons, ermöglichen. Die SP setzt sich dafür ein, alternative Vergütungssysteme durch entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen und eine Reform der Verwertungsgesellschaften zu unterstützen. Dabei ist auch die Industrie gefordert.

Begründung: Der Grundsatz des Antrags wird unterstützt und übernommen. Gleichzeitig soll an der ursprünglichen Formulierung bezüglich neuer Verwertungsmodelle, die eine Direktvermarktung erlauben, festgehalten werden. Es werden zudem zwei kleine Präzisierungen vorgenommen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigend modifiziert angenommen.

A-25; Juso: neue Forderung

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Die SP will die Nutzerinnen und Nutzer entkriminalisieren und ihre Rechte im Sinne eines digitalen Verbraucherschutzes stärken. Technische Schutzmassnahmen und Vertragsbedingungen dürfen die Möglichkeit zur Privatkopie und zur uneingeschränkten nicht kommerziellen Nutzung nicht unterlaufen. Die SP will keine Netzsperrern, da diese ein Mittel der Zensur darstellen.

Begründung: Das Recht auf uneingeschränkte nicht kommerzielle Nutzung soll nicht eingeschränkt werden. Ohne die Präzisierung mit dem Begriff „nicht kommerziell“ könnte auch eine uneingeschränkte kommerzielle Nutzung verstanden werden, was dem Schutz der Urheberinnen und Urheber zuwiderlaufen würde.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigend modifiziert angenommen.

A-26; Juso: neue Forderung

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigende Annahme.

A-27; SP Kanton Zürich (E-Campaigning Kommission): Streichung des ganzen Kapitels**A-28; SP Kanton Genf: Streichung des ganzen Kapitels**

Leo Keller (SP AG) spricht gegen A-27 und A-28 resp. dafür, das Kapitel beizubehalten.

Patrick Tscherrig (SP ZH) spricht zu A-27.

Fabian Molina spricht für die GL.

Empfehlung der Geschäftsleitung zu A-27 und A-28: Ablehnung

Begründung: Die Geschäftsleitung ist sich bewusst, dass es nicht darum gehen kann, eine „lex Google“ zu fordern und sie ist sich auch bewusst, dass das Thema nicht nur auf nationaler Ebene diskutiert werden kann. Die Geschäftsleitung ist aber auch der Meinung, dass die in Kapitel 13 aufgeworfene Thematik aus Gründen der Demokratie und aus Gründen des uneingeschränkten und chancengleichen Zugangs zu Informationen sowie aus Gründen der Transparenz relevant ist. Es geht darum, auf die mit der Marktmacht grosser Player verbundenen Einflussmöglichkeiten hinzuweisen, die Nutzerinnen und Nutzer zu sensibilisieren und auch in diesem Zusammenhang die Forderung nach informationeller Selbstbestimmung einzubringen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Mit deutlichem Mehr wird dem Antrag der GL auf Ablehnung von A-27 und A-28 gefolgt.

A-29; SP St.Gallen: allgemeine Forderung zum Positionspapier**Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme****Kommentar**

Es war bewusst die Idee und der Auftrag, das Thema Internet breit und umfassend darzustellen. Kaum ein Lebensbereich ist nicht von den Chancen und den Risiken der Digitalisierung betroffen. Die SP betrachtet die Internetpolitik deshalb als Querschnittsthema, das alle zentralen Lebensbereiche betrifft und eine politische Gestaltung und Begleitung auf verschiedenen Ebenen erfordert. Die SP ist damit die erste Partei der Schweiz, die sich der Fragestellung in einer sozialen, gesellschaftlichen und ökonomischen Sicht annimmt. Die im Antrag geforderte Präzisierung und Priorisierung zuhanden der nächsten Delegiertenversammlung zeigt, dass das Thema Internet, Gesellschaft und Politik relevant ist und gezielt weiterverfolgt werden soll, was ganz im Sinne der Geschäftsleitung ist.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stillschweigende Annahme.

Das Papier wird in einer Schlussabstimmung einstimmig (bei einer Enthaltung) verabschiedet.

9. Parolenfassung für eidg. Abstimmungen am 28. Februar 2016

I. Volksinitiative vom 5. November 2012 „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“

Wortmeldungen:

Beat Jans spricht für ein Nein zur Volksinitiative „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Nein-Parole

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegierten lehnen die Initiative mit 128 Stimmen bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung ab.

II. Volksinitiative vom 28. Dezember 2012 „Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)“

Wortmeldungen:

Hans Stöckli und Claudia Friedl (SP SG) sprechen für ein Nein zur Volksinitiative „Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)“.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Nein-Parole

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegierten beschliessen einstimmig die Nein-Parole.

III. Volksinitiative vom 24. März 2014 „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!“

Wortmeldungen:

Fabian Molina spricht für die Volksinitiative „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!“.

Empfehlung der Geschäftsleitung: JA-Parole

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegierten beschliessen einstimmig die Ja-Parole.

IV. Änderung vom 26. September 2014 des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet (STVG) (Sanierung Gotthard-Strassentunnel)

Wortmeldungen:

Jon Pult (SP GR) plädiert für ein Nein zum zweiten Gotthard-Strassentunnel.

Cristina Zanini (SP TI) und Fabio Canevascini (SP TI) unterstützen Jon Pult in ihren Voten.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Nein-Parole

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegierten beschliessen einstimmig die Nein-Parole.

10. Initiative Mieterverband „Mehr bezahlbare Wohnungen“

Wortmeldungen:

Marina Carobbio spricht zur Initiative „Mehr bezahlbare Wohnungen“ und plädiert für die Unterstützung.

Margrit Grünwald (SP60+) und Cristina Zanini (SP TI) äussern sich zur Bedeutung bezahlbarer Wohnungen und votieren für die Empfehlung der GL auf Unterstützung.

Weil die Initiative bereits lanciert ist, reicht das einfache Mehr.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Unterstützung der Initiative

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegierten beschliessen einstimmig die Unterstützung der Initiative.

11. Jahresrechnung 2014

Leyla Gül stellt die Jahresrechnung 2014 vor, die mit einem Defizit von rund 80'000 CHF schliesst.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Verabschiedung der Jahresrechnung 2014

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Jahresrechnung 2014 wird einstimmig (bei einer Enthaltung) verabschiedet.

12. Resolutionen und Anträge

R-1 Resolution Geschäftsleitung

Verantwortung für unsere Menschenrechte übernehmen!

Wortmeldungen:

Géraldine Savary begründet für die GL die Resolution „Verantwortung für unsere Menschenrechte übernehmen!“.

Ruedi Brassel (SP BL) und Ruedi Tolber (SP AR) unterstützen die Bedeutung der Resolution resp. der Verteidigung der Menschenrechte und plädieren dafür, über die Resolution hinaus aktiv zu werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: R-1 wird einstimmig angenommen.

R-2 Resolution SP Lausanne, SP Aargau, SP Bezirk Winterthur, SP Frauen, Mattea Meyer, Rebecca Ruiz, Cédric Wermuth
Genug gewartet: Moderne Familienpolitik jetzt – Ja zur Elternzeit

Wortmeldungen:

Andrea Arezina (SP AG) und Gaétan Nanchen (SP VD) sprechen für die Resolution „Genug gewartet: Moderne Familienpolitik jetzt – Ja zur Elternzeit“.

Fabian Molina spricht für die GL.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: R-2 wird einstimmig angenommen.

R-3 Resolution SP60+ und JUSO
Für eine starke AHV zugunsten der sozialen Kohäsion

Wortmeldungen:

Rolf Zimmermann (SP60+) spricht für die Resolution „Für eine starke AHV zugunsten der sozialen Kohäsion“ und betont die auch symbolische Bedeutung der gemeinsamen Eingabe von SP60+ und JUSO.

Fabian Molina spricht für die GL und widerspricht dem von bürgerlicher Seite bewusst zum Thema gemachten, vermeintlichen Generationenkonflikt. Beim Thema Renten geht es nicht um einen Konflikt zwischen Jung und Alt, sondern um Verteilungsgerechtigkeit, also um einen Konflikt zwischen unten und oben.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: R-3 wird einstimmig angenommen.

R-4 SP Genf
Eine Erhöhung des Rentenalters ist nicht verhandelbar

Wortmeldungen:

Michel Zimmermann (SP GE) spricht für die Resolution „Eine Erhöhung des Rentenalters ist nicht verhandelbar“. Die SP Genf ist bereit, die Abstimmung über R-4 auf eine Delegiertenversammlung nach der Abstimmung zur „AHV-Plus-Initiative“ zu vertagen.

Christian Levrat spricht für die GL.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die Delegierten haben am 8. März 2013 acht Ziele definiert, welche die SP bei der Altersreform 2020 verfolgen soll. Siehe auch:

http://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/eine_altersvorsorge_fuer_allestatt_fuer_wenige.pdf

Die GL sieht keinen Anlass, sich heute von diesem ganzheitlichen Ansatz zu lösen, welcher im Übrigen auch von der R-3 verfolgt wird, und empfiehlt die Resolution zur Ablehnung.

13. Schluss

Leyla Gül begrüsst eine rund 70-köpfige Delegation der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Marcus Schober, SPÖ-Abgeordneter zum Wiener Landtag, Gemeinderat der Stadt Wien, überbringt Grussworte der SPÖ und spricht sich für eine verstärkte europäische Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Familie aus – unter Einbezug der SPS.

Fabian Molina ruft in seiner Funktion als JUSO-Präsident dazu auf, am 9. Dezember 2015 in Bern gegen den Rechtsrutsch und für eine „kämpferische Legislatur“ zu demonstrieren.

Leyla Gül schliesst die Delegiertenversammlung, dankt allen für die Anwesenheit und der SP St.Gallen, dem Kanton und der Stadt St.Gallen für die grosszügige finanzielle Unterstützung. Des Weiteren bedankt sie sich bei den DolmetscherInnen, bei Stefan Merki und seinem Team von X-Light für die Technik und dem Personal des Zentralsekretariates der SP in Bern.